

Liebe Freunde, liebe Hamburger Bürger, ich darf mich kurz vorstellen, ich bin Matthias Matussek, Journalist und Buchautor und Christ, ja schlimmer noch: Katholik, und ich schwöre ich habe nicht den geringsten Kontakt mit NPD oder anderen finsternen Gestalten.

Es gab ja im Vorfeld großes Geraune, via Focus online und MoPo, Hamburger Morgenpost, von Hintermännern und Hintermännern von Hintermännern, von Reichsbürgern und NPD, gruselig, gruselig.

Ja, tatsächlich warnte der Innensenator Grothe davor, sich diesem Bürgerprotest anzuschließen, weil man mit Rechten, ja vielleicht Rechtsextremen in Berührung käme, und wie wir wissen, sind dieselben Keimträger, die über Tröpfcheninfektion – gerade in diesen Grippezeiten – ganze Landstriche entvölkern bzw. zu Nazis machen können.

Man erlebt ja die tollsten Sachen, gerade mit unserer Qualitätspresse. Beim vorvorletzten Mal, als ich dabei war, meldete die Morgenpost, kurz Mopo, sensationistisch auf ihrer Internetseite: „Neonazis treffen sich“. Ich fand es sensationell, dass wir Neonazis waren. All diese Bürger, die Lehrer und Anwälte und Verkäufer und schrieb darüber auf Tichys Einblick, worauf die Mopo schwer empört eine Abmahnung schickte, dass sie nie „Neonazi“ gesagt hätte...nur um ein paar Stunden später kleinlaut zuzugeben, dass da tatsächlich ein Redakteur diesen Unsinn zusammen geschmiert hatte. Leute, da steckt System dahinter. Wenn man nur lang und ausdauernd genug eine Lüge in Umlauf bringt, bleibt sie irgendwann kleben, das wusste schon Goebbels.

Deshalb, und um weitere Fehler zu vermeiden, werde ich den Redetext „Tichys Einblick“ zur Verfügung stellen, wo er jederzeit einzusehen ist. Und gleichzeitig zu Protokoll geben: Ich habe nie irgendeinen rechtsradikalen eingelassen.

Tatsächlich bin ich aber der NPD vor einem halben Jahrhundert begegnet, als ich gegen sie demonstrierte, damals wurden Linke generell vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie die

freiheitlich demokratische Grundordnung stürzen wollten.  
Offenbar haben sich die Zeiten geändert.

Heute werden diejenigen unter die Lupe genommen, die die Ordnung erhalten wollen und die sich Sorgen machen, dass über unsere Offenen Grenzen weiterhin täglich rund tausend Illegale strömen und erst mal, wenn sie schnell genug Asyl rufen und ihre Pässe wegschmeißen, als Flüchtlinge Einzug in unsere Sozialsysteme erhalten.

Und wir versammeln uns unter der Parole „Merkel muss weg“, weil sie diejenige ist, die diesen Zustand des permanenten und andauernden Verfassungsbruchs zu verschulden hat. Wie eine Staatsratsvorsitzende, so sage ich es in meinem Buch, hat diese Dame am Parlament vorbei ihre einsamen Entscheidungen getroffen, abgenickt von den Blockparteien und bejubelt von einer eigentümlich, weil freiwillig gleichgeschalteten Jubelpresse.

Nicht nur Staatsrechtler und ehemalige Bundesverfassungsrichter wie Udo di Fabio oder Ruprecht Scholz, nein, auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat bereits 2015 festgestellt, dass die von Frau Merkel verfügte Grenzöffnung illegal war, denn im grundsätzlichen normativen Bereich muss das Parlament befragt werden.

Und wen fragte unsere Bundeskanzlerin, als es darum ging, die Grenze nach der kurzen humanitären Notlage vom 3. September 2015, zehn Tage später, also am 13. September später wieder zu schließen, wie es vernünftig und gesetzlich gewesen wäre? Das Parlament?

I wo. Sie fragte ihre politischen Imageberater.

Konkret fragte sie Ihren Untergeben, den Innenminister, der bereits alles zur Grenzsicherung bereitgestellt und organisiert hatte. Ihr Frage hieß: Können Sie garantieren, dass es keine „ungünstigen Bilder gibt“? Der Minister verneinte, aber das war für die Kanzlerin das wichtigste. Es ging hier nicht um Humanität, sondern um Umfragewerte. Und

ihrem Volk rief sie zu „Wir schaffen das schon“, und „Jetzt sind sie halt da“. Geht es zynischer?

Seither fluten über zwei Millionen junge muslimische Bodybuilder das Land, die sich an den Tafeln im Nahkampf gegen die Rentnerinnen und Bedürftigen und armen Deutschen – die gibt es tatsächlich, ihr da oben – bestens bewähren. Allmählich gibt es ein Umdenken. Der Bundespräsident persönlich hielt dieser Regierung zum Amtsantritt eine Gardinenpredigt, dass nicht die eigenen sozial Schwachen vergessen werden, und der neue Innenminister Horst Seehofer machte jetzt gerade noch einmal eine Selbstverständlichkeit klar: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Und ihm stimmen 76 Prozent der Bevölkerung zu.

Liebe Hamburger Bürger, liebe Freunde, selbst wenn unsere Versammlung heute Abend überschaubar sein sollte, vergesst nicht, dass ihr drei Viertel der deutschen Bevölkerung repräsentiert, wenn ihr sagt: wir wollen keine Islamisierung. Unsere Kultur ist christlich geprägt. Wir sind Ebenbilder Gottes, egal ob Mann oder Frau oder Kind, oder auch ungeborenes Kind. Unsere Bildung ist christlich, christlich sind unsere gotischen Dome – Minarette sind nicht darunter. Unsere Wissenschaften, zunächst an christlichen Klöstern, dann an unsere Universitäten weiterentwickelt, unsere Entdeckungen und Patente sprießen aus dieser christlichen Grundlage – von einer muslimischen Erfindergeneration habe ich noch nie gehört. Was die erfunden haben, haben sie gefunden: Öl. Und davon kaufen sie sich zusammen, was sie brauchen, Waffen, Regierungen, Kunst, Technologie.

Wir aber wollen unsere Kultur behalten. Wir wollen Rede- und Meinungsfreiheit behalten. Wir wollen auch die Freiheit behalten, uns von unserer Religion abzuwenden, ohne unser Leben aufs Spiel zu setzen. Vielleicht wissen es unsere jungen Krakeeler dort drüben nicht – aber in vielen muslimischen Staaten, die Atheismus unter Todesstrafe stellen, wärt ihr längst einen Kopf kürzer.

Vor allem wollen wir die Widerwärtigkeiten einer uns finster und fremd gegenüberstehenden Kultur nicht dulden, die sich in diesem Satz ausdrückte, den der Vergewaltiger der Heidelberger Studentin Maria L vor Gericht sagte. Husein K sagte: „Sie war doch nur eine Frau.“

Liebe Freunde, wir stehen mit jedem Recht der Welt hier. Und ich wundere mich, dass der Staatschutz bei uns tätig wird, während es doch vermutlich viel wahrscheinlicher ist, dass Sympathisanten derjenigen, die vor einem halben Jahr die Stadt einäschern wollten - ein Nachbar hat seine Auto verloren, ein anderer eine neunjährige Tochter gerade noch unversehrt bergen können - dort drüben stehen.

Möglicherweise können doch auch die dort besser informieren über beiden Galgenvögel, die unter dem klangvollen Namen Verein für Zivilcourage und Menschenrechte mit mehreren Kilo Chemikalien und allem was zum Bombenbasteln benötigt wird, hochgenommen wurden.

Demonstrationfreiheit ist ein Grundrecht. Und wie schäbig ist es, von unserem Innensenator zu erleben, dass er es einschränken will, indem er uns Teilnehmer diffamiert.

Kürzlich gab es ein höchstrichterliches Urteil, dass Amtsträgern parteipolitische Einmischungen verbietet. In meinen Augen ist das ein Rücktrittsgrund.

Geradezu peinlich allerdings das Versagen der Presse, die sich früher einmal stolz die vierte Gewalt nennen durfte, weil sie die Regierenden kontrolliert.

Heute sind sie zu einem kümmerlichen Haufen angepasster Kugelschreiberträger geworden, denen die Absurdität völlig entgeht, die darin besteht, dass ausgerechnet die gewaltbereiten Linksradikalen zu Prügelpersern für Frau Merkel werden - sie hat sich immer noch nicht von denen distanziert - und ihren Sermon bei denen und ihren Vereinsblättern abschreibt.

Ja, ich habe mein Buch „White Rabbit“ vor der Studentenvereinigung Mecklenburgia vorgetragen. Der Untertitel

„Die Abschaffung des Gesunden Menschenverstandes“ wird mit jedem Tag neu bestätigt. Es ist nichts Rechtsradikales dabei. Liebe Kollegen, versucht es einfach mal wieder mit der verschollenen Kulturtechnik Lesen.

Auch die Mecklenburgia lohnt eine Beschäftigung. Dabei werdet ihr viel Urdemokratisch Deutsches und ja gründungsmythologisches entdecken, und die Freiheit des Wortes, die dem Metternich-Staat damals abgetrotzt wurde, kann auch heute nicht energisch genug verteidigt werden.

Da ihr es nicht tut müssen wir nun unsere Forderung MERKEL MIUSS WEG so laut rufen, damit man sie bis nach Berlin hört!